

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Pf. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Pf. in 3 Monaten 6 Pf., in 6 Monaten 11 Pf., in 12 Monaten 20 Pf. (bei Postbestellung 2 Pf. Zuschlag). Die Geschäftsstelle ist in Wilsdruff, Markt 1. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält sich der Verleger das Recht vor, die Zeitung zu unterbrechen oder die Ausgabe zu verschieben. — Abrechnung erfolgt nur, wenn Quittung vorliegt.

Bezugspreis: Die 8 spaltenige Nummer 20 Pf., die 4 spaltenige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 spaltenige Reklameweile im letzten Teil 1 Reichsmark, Nachweilungsgebühr 20 Reichspfennig. Werbung nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der Anzeigen richten alle Verleger ihre Aufträge an die Geschäftsstelle ein.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 85. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 11. April 1927

Loucheur.

Der frühere französische Minister und bekannte Wirtschaftsführer hielt gestern in Berlin vor einer großen Zahl von angesehenen Persönlichkeiten aus Handel und Industrie und anderen interessierten Zuhörern einen Vortrag über die Wirtschaftslage Europas. Ausdrücklich nahm dabei Loucheur Bezug auf die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Genf.

Loucheur ist wohl der bedeutendste wirtschaftspolitische Kopf, über den Frankreich jetzt verfügt. Sein Ziel ist es, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen, kulturellen und geistigen Beziehungen der Nationen kühl abwägendes Temperament hält ihn fern von allen phantastischen Plänen. Er stellt fest, enthält sich dabei jeden überläufigen Werturteils, will nur das Mögliche, nicht das Wünschenswerte. Die Art seines Denkens und Wollens wurde deutlich in seinem Vortrag. Gewiss ist sein Ziel keineswegs eine wirtschaftliche Vereinigung aller Staaten Europas, aber er bezweifelt, daß die Gewohnheiten, die Vorurteile der Nationen mit langer staatlicher Selbständigkeit und die Verschiedenheit der Sprache eine baldige Verwirklichung dieses Gedankens zulassen. Die europäische Wirtschaftskrise, die auf die Ursachen und Ergebnisse des Friedens zurückgeht, hat eine allgemeine Verminderung der Kaufkraft des Geldes zur Folge gehabt, des weiteren ein Zurückbleiben des Erzeugungsvermögens Europas gegenüber der Vorkriegszeit und letzten Endes die Entleerung einer Treibhausblase der Wirtschaft infolge der Veränderung der politischen Grenzen. Dadurch wird an manchen Stellen eine wahnwitzige Übererzeugung ohne eine entsprechende Steigerung des Verbrauches herbeigeführt.

Und die Hilfsmittel, um Besserung zu schaffen? Loucheur ist zu nüchtern, um von einem schnellen Niederknicken aller Zollschranken zwischen den europäischen Staaten auch nur zu träumen. Der Gedanke der nationalen Sicherheit hat sich viel zu eng an die Schaffung eines eigenen wirtschaftlichen Lebens mit Hilfe der Errichtung von Zollmauern verknüpft, als daß diese Bindung so schnell sich beseitigen ließe. Hemmend wirkt außerdem noch, daß die wirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten der einzelnen Länder vielfach gänzlich verschieden sind; unförderlich ist die Lage eines Landes, das arm an Kohle und Erz ist, während der Nachbar auf reicher Rohstoffgrundlage sich eine dauernde Schwerindustrie schaffen konnte. Aber doch hält Loucheur die Schaffung einer europäischen Zollunion für durchaus nicht unmöglich. Unter der Führung Deutschlands, das auf dem Wege der Organisation der Wirtschaft weit voranschreitet, muß sich Europa von der rein persönlichen Wirtschaftsart zu einer gruppenweisen Zusammenfassung seiner Wirtschaftskräfte einschließen, um den Wettkampf mit Amerika aufnehmen zu können. Diese gruppenweise Zusammenfassung der Wirtschaft, von Unternehmensebene ausgehend, muß dann auch bald die Arbeitervereinigungen in sich aufnehmen, freilich auch den Verbraucherorganisationen Rechnung tragen. Die Herstellung eines Gleichgewichts also — wobei der Staat aber nicht seine Macht einsehen soll — der Krieg hat bewiesen, welche ungeheure Schuld eine solche vom Staat beeinflusste Wirtschaftslage verursacht. Hier will Loucheur die Einführung des Völkerbundes eingeschaltet wissen. Eine Art wissenschaftliches und statistisches Kontrollinstitut unter der Beobachtung des Völkerbundes soll eine Dauerenquete zwecks Ausgleich, zwecks Erhaltung des Gleichgewichts zur Aufgabe haben. Loucheur ist, um das allgemeine wirtschaftliche Gleichgewicht nicht stören zu lassen, sehr auch gegen einen französisch-deutschen Wirtschaftsblock — und dabei mag daran erinnert werden, daß gerade er es war, der in Wiesbaden mit dem verstorbenen Stinnes ein Abkommen zwecks engerer Zusammenarbeit der Deutschen und der französischen Wirtschaft geschlossen hat. Er will also ein großes zueinander abgestimmtes Wirtschaftseuropa, in dem Deutschland, England und Frankreich den Kern bilden.

Alle diese Aufgaben und Pläne sollen ja nun auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz noch des näheren besprochen werden. Ein Ziel ist ja schon erreicht, das erste Beratungsdokument auf dieser Konferenz abgeben sollte; die Schwierigkeiten der Finanzwirtschaft sind im großen und ganzen in den einzelnen Ländern behoben, die Währungsfragen in den einzelnen Ländern durchgeföhrt. Es bleiben die Fragen der Zollschranken, der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit und der europäischen Wirtschaftsorganisation. In diesem Zusammenhang hat aber Loucheur die uns am meisten drückende Frage des Dawes-Plans nicht berührt.

Man sieht, daß diese Gedanken auf einem durchaus möglichen Wege nicht zu nebelhaften Zielen hinföhren, sondern nur eine Entwicklung weiterreihen, bei der wir Deutsche erfreulicherweise nicht in der hintersten Reihe marschieren.

Französische Truppenverstärkungen für Indochine.

Paris, 11. April. Wie das Journal mitteilt, haben ansehnliche Kontingente der Chinesen auf die Provinz Yunnan und der Geföhrtung Indochinas zwei Bataillone Fremdenlegionäre in Algerien den Befehl erhalten, sich zur sofortigen Abreise nach Saigon bereit zu halten.

Ein deutscher Abrüstungs-Antrag in Genf.

Direkte Beschränkung des Kriegsmaterials gefordert.

Neue Ausführungen des Grafen Bernstorff.

In der Vorbereitung der Genfer Abrüstungskommission ist ein Antrag der deutschen Delegation auf direkte Beschränkung des Kriegsmaterials zur Sprache gekommen. Begründet wurde dieser Antrag von dem deutschen Delegationsführer, Grafen Bernstorff, der betonte, daß sowohl für Deutschland wie auch für jedes andere Land, das ernstlich die Abrüstung anstrebe, die Frage der Begrenzung des Kriegsmaterials und der Truppenzahl von entscheidender Bedeutung sei. Die bisher in Genf vorgeschlagene indirekte Beschränkung des Kriegsmaterials auf dem Umwege der Heeresausgaben sei unbefriedigend und ein wenig wirksamer Ersatz für direkte Erfassung des Kriegsmaterials zum Zwecke der Abrüstung. Die Fortschritte der Technik hätten den Krieg der Menschen zu einem Krieg der Maschinen gemacht. Um so notwendiger sei die direkte Erfassung des Kriegsmaterials. Graf Bernstorff wies am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß die öffentliche Meinung der Welt wolle und darauf war, daß die Waffen niedergelegt würden. Sie wolle nicht Umwege, sondern klare Tatsachen.

In der dann folgenden Aussprache schlossen sich die Vertreter Schwedens, Hollands, Finnlands und der Vereinigten Staaten im wesentlichen den Ausführungen des Grafen Bernstorff an, dagegen sprachen sich die Vertreter Japans, Jugoslawiens und Rumaniens gegen den deutschen Vorschlag und für die Rüstungsbeschränkung durch Ausgabenbeschränkung aus. Graf Bernstorff betonte, daß sich die Annahme seines Vorschlages, der nichts anderes verlangt, als was Artikel 8 des Völkervertrages enthalte, als unmöglich erweise. Die deutsche Regierung werde bei den weiteren Verhandlungen auf ihren Vorschlag wieder zurückkommen, da er für Deutschland von entscheidender Wichtigkeit sei.

In der vorhergehenden Sitzung war es zu einem interessanten Redebuell zwischen dem deutschen Delegationsführer, Grafen Bernstorff, und dem Führer der französischen Delegation, Paul-Boncour, gekommen. Graf Bernstorff bezog sich in geschickter Weise bei dieser Auseinandersetzung, bei der es sich um eine Auslegung der Abrüstungsbestimmungen des Versailles-Vertrages handelte, auf ein amtliches Dokument der französischen Regierung, in dem französischerseits betont wird, daß Frankreich für die Gleichheit der Völker kämpfe. Graf Bernstorff forderte den französischen Delegierten auf, nunmehr auch diesen Worten folgen zu lassen. Paul-Boncour erkannte zwar die Berechtigung nach allgemeiner Abrüstung an, lehnte es aber in seinen Ausführungen ausdrücklich ab, für alle Völker Gleichberechtigung gelten zu lassen. Als Begründung für diese Auffassung führte er u. a. die Verschiedenheit der politischen und geographischen Lage der Länder an. Jedenfalls hat die bisherige Auseinandersetzung in Genf noch keine Annäherung der Delegationen in der Frage der Abrüstung gebracht.

Gemeinsamer Mächteprotest in China.

Fremdenhuch aus Peking.

Wie Havas mitteilt, haben sich die Regierungen von Frankreich, England, der Vereinigten Staaten, Italien und Japan dahin verständigt, wegen der Zwischenfälle in Kanton vorfellig zu werden und Genugtuung zu fordern. Ihre diplomatischen Vertreter in Peking hätten Anweisung erhalten und würden die zu übermittelnde gemeinsame Protestnote endgültig fertigstellen. Es sei noch nicht bekannt, ob in Schanghai oder in Kanton und auch in Peking Schritte unternommen würden.

Die Albanienkommission gebildet.

Ein Dreimännerkollegium in Belgrad.

Die Albanien-Kommission, in der auch Deutschland mitwirkt, ist jetzt gebildet worden. Sie besteht aus einem Dreimännerkollegium, nämlich dem französischen und dem englischen Militärattaché in Belgrad sowie einem Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Belgrad. Die wichtige Frage, wann dieses Komitee in Aktion treten und wer es zusammenberufen soll, ist dahin entschieden worden, daß die unmittelbaren Vorgesetzten dieses Komitees der deutsche, der französische und der englische Gesandte in Belgrad sind. Diese drei Gesandten würden im Einvernehmen mit ihren Regierungen bei irgendwelchen Zwischenfällen das Komitee an die Grenze zur Unter-

Wie Neuter erfährt, rechnet man damit, daß die Übergabe der Noten bereits in den nächsten Tagen erfolgt, daß aber die Veröffentlichung erst stattfinden wird, wenn die Noten sich in der Hand der Behörden von Kanton befinden. Die Frage der Sanktionen steht, wie verlautet, mit der Übergabe der Noten in keinem Zusammenhang.

Amerikanische Meldungen aus Peking berichten, daß auf Grund von Instruktionen des Peking diplomatischen Korps und der Konsuln Americas und der europäischen Mächte alle Amerikaner und Europäer in Hongkong, Schanghai und Tientsin konzentriert werden sollen unter dem Schutz der Besatzungstruppen und der Schiffsgeköhne, bis in China wieder geordnete Verhältnisse geschaffen sind. Das gesamte Gebiet Chinas soll vollständig von Fremden geräumt werden. In Peking bleiben nur die Diplomaten ohne Familien und die Gendarmtruppen zurück.

Das Volkstommissariat für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau hält dauernd Beratungen ab, ohne bisher zu einer Entscheidung über die Stellung Moskaus zu den jüngsten Ereignissen in China zu gelangen. Die bisher an den Tag gelegte Zurückhaltung wird durch die Kompliziertheit der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und Parteien instanzlich erklärt.

Die Hausfuchungen in Peking.

Noch immer große Erregung.

Die ausländischen Militärattachés in Peking beschlagnahmten, wie die „Times“ meldet, das bei der Hausfuchung im Sowjetgebäude beschlagnahmte Material. Sie fanden außer Propagandamaterial gegen Japan, Frankreich und Großbritannien noch folgendes: eine Reihe von Siegeln für eine neue kommunistische Regierung, Ballen antibritischer und antiamerikanischer Propaganda, zwei Maschinengewehre, verschiedene alte Gewehre, zwanzig Revolver und ein starkes Luftabwehrgeschütz. Es wurde Munition für alle Waffen gefunden, aber keine Bomben. Die Gefangenen werden immer noch verhört, das Beweismaterial ist noch nicht veröffentlicht worden. Eine Anzahl von Dienern, die sich unter den Gefangenen befanden, ist bereits freigelassen worden. 35 bekannte Kommunisten werden gefangen gehalten.

Wie die „Times“ weiter meldet, dauert die durch den Überfall auf das Sowjetgebäude verursachte Erregung an. In den Kreisen der Studenten herrscht große Unruhe wegen der geplanten Verhaftung von 4000 Chinesen, deren Namen auf einer bei dem Überfall aufgefundenen kommunistischen Liste verzeichnet sind. Die deutsche Kolonie in Kanton soll, ebenfalls nach den „Times“, einen Dampfer für den Abtransport sämtlicher sich dort aufhaltenden deutschen Staatsangehörigen gechartert haben.

Die russische Protestnote an die Pekingische Regierung.

Eigener Fernsprechsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 11. April. Wie aus Moskau gemeldet wird, stellt die dem Geschäftsträger in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag überreichte russische Protestnote zum Schluß fest, daß jede imperialistische Regierung die Herausforderung mit Rücksichtslosigkeit beantwortet haben würde. Die russischen Forderungen dagegen bedeuteten keine Erniedrigung für die chinesische Regierung. Die Sowjetregierung sei sich bewußt, daß die Pekingische Regierung ein Werkzeug in den Händen der ausländischen Imperialisten sei, die einen neuen Weltkrieg zu entzünden wünschten. Rußland werde auch auf die Provokationen nicht eingehen, sondern fortföhren, sich im Interesse des chinesischen Volkes und der arbeitenden Klassen aller Länder zu betätigen.

suchung schicken. Da der deutsche Gesandte der Dohren in Belgrad ist, hat er als Rangältester auf Aufforderung des französischen und des englischen Gesandten die technischen Funktionen bei einer eventuellen Einberufung des Komitees übernommen.

Dankschreiben des Reichspräsidenten.

Anlässlich der Verabschiedung des Reichshaushalts.

Aus Anlaß der Beendigung der dritten Lesung des Reichshaushalts für 1927 und der Verabschiedung des Gesetzes über den vorläufigen Finanzausgleich sowie der damit in Verbindung stehenden Gesetze hat der Reichspräsident in persönlichen Schreiben dem Reichsfinanzminister Dr. Brücker sowie dem Staatssekretär Dr.